

Die Wasserthemen, über die der BBU-WASSER-RUNDBRIEF in 25 Ausgaben im Jahr 2013 berichtet hat ...

Kostenlose Ansichtsexemplare des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS können via [nik \[at\] akwasser.de](mailto:nik[at]akwasser.de) angefordert werden.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1003** berichtete u.a. über folgende Themen:

- Das **Hygienekonzept für die Trinkwasserversorgung im Wandel**: Warum der Vorsitzende der Trinkwasserkommission, Prof. Dr. Martin Exner, meint, dass auf die Wasserversorger erhöhte Hygieneanforderungen – und damit höhere Kosten – zukommen könnten.
- „Emerging pathogens“ führen zu neuen Vorsorgestrategien
- 100 Milliliter Probenahmenvolumen reichen nicht aus: Warum man zum Nachweis von Viren und hochinfektiösen Bakterien größere Probenahmenvolumina braucht.
- Auf die Rohwasserbeschaffenheit kommt es an! Warum in den Einzugsbereichen der Trinkwasserbrunnen die Vorsorge intensiviert werden muss.
- Die Wetterabhängigkeit der Rohwasserbelastung. Warum der Klimawandel die Belastung der Rohwässer mit Mikroorganismen erhöhen könnte.
- Durchkreuzen die Kartellämter die Vorsorgestrategie? Werden die Kartellämter erhöhte Vorsorgekosten anerkennen?
- Gibt es einen Goldstandard für die äußerst schwierige Analyse von Viren?
- Flussperlmuschel und Lachs sollen vom Nister-Flussvertrag im Westerwald profitieren.
- Wasserloser Geschirrspüler soll mit Flüssig-CO₂ reinigen.

Schwerpunktthema im **RUNDBR. 1004** war das **Legionellenrisiko in der Hausinstallation**:

- **Legionellen-Monitoring** – ein Bürokratiemonster?
- Personeller Mehrbedarf im Gesundheitsamt soll sich trotz erhöhter Anforderungen beim Legionellen-Monitoring „in Grenzen halten“.
- Legionellen-Untersuchungspflicht: Nur noch alle drei Jahre.
- „Die lange Spur der Legionellen“ ... Warum die **Hygienestandards für Rückkühlanlagen** von Blockheizkraftwerken verschärft werden sollen.
- Legionellen in den Medien
- 10 bis 25 Prozent positive Legionellenbefunde bei der Routineuntersuchung?
- Von Maßnahme- und Grenzwerten beim Legionellenmonitoring
- Legionellentest: Techem & Fresenius bieten Rundumsorglos-Paket
- Gefährliche Legionellen: „Staat vernachlässigt Aufklärungspflicht“, meint der Deutsche Fachverband für Luft- und Wasserhygiene.
- Und dann noch ein ganz anderes Thema: Nur mit einem erhöhten Kontrollaufwand lassen sich Güllebauern zu einem weniger grundwasserschädlichen Gülleinsatz bewegen.

Der **RUNDBR. 1005** hat sich folgenden Themen gewidmet:

- Über die diffizile Fahrweise einer zentralen **Enthärtungsanlage** ... Membrananlagen zur Trinkwasserenthärtung sind im Betrieb eher anspruchsvoll.

- Wie das Trinkwasser aus dem Harz Strom produziert. Über die **Stromgewinnung bei gefällestarken Trinkwasserleitungen**.
- **Hohe Grundgebühren für Trinkwasser** als Beitrag zur Nachhaltigkeit? Immer mehr Wasserversorger wollen möglichst hohe Grundgebühren, um in Zeiten des zurückgehenden Wasserbedarfs ihre hohe Fixkosten „nachhaltig“ decken zu können.
- **Trinkwasserinstallation**: „Hohes Maß an Unwissenheit und Unkenntnis“. Warum Installateure dazu lernen müssen.
- Wie der **Biogasboom** den Gewässerschutz in die Enge treibt.
- **Asbestfreisetzung** aus Straßenbelägen.

Der **RUNDBR. 1006** hat weiterführende Informationen zu folgenden Themen enthalten:

- Lobbyarbeit der Rheinwasserwerke stößt an finanzielle Grenzen. Der Kostendruck auf die Wasserversorger macht sich auch in der Verbandsarbeit bemerkbar.
- Spurenstoffe im Trinkwasser – ein Kommunikationsproblem: Internationale Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke (IAWR) erstellt Kommunikationsleitfaden zu Mikroverunreinigungen.
- Gegen Kühlturmlegionellen mit Chlor und Bioziden – Rheinwasserwerke zeigen sich verärgert.
- Röntgenkontrastmittel und Süßstoffe im Rheinwasser
- Mehr Lokaldynamik beim Grundwasserschutz im Elsass – interessante Ansätze beim Nachbarn auf der anderen Rheinseite.
- Mit Nanoröhrchen zur Revolutionen in der Meerwasserentsalzung? – „Chancen der Nanotechnologie für die Trinkwasserversorgung“.
- Ist das Fäkalindikatoren-system noch zeitgemäß? – „Vorkommen und Nachweis von Mikroorganismen und Viren in Roh- und Trinkwasser“.
- Vom Rückhalt der Viren: „Entfernung von Mikroorganismen und Viren bei der Trinkwasseraufbereitung“.
- Soll man Trinkwasser auf Viren analysieren? – „Nachweis von Viren – ein Indikator für die Praxis?“
- Vision: Kläranlagen als Puffer für „Überschussstrom“
- Gericht unterstreicht Ermessensgrundsatz im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) § 12 (2).

Die Ausgaben 1007 und 1009 sind schwerpunktmäßig dem strittigen Entwurf der **EU-Dienstleistungskonzessions-Richtlinie** gewidmet.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1007** beschreibt zunächst, welchen Sturm der Entrüstung EU-Binnenmarktkommissar MICHEL BARNIER mit seiner Absicht ausgelöst hat, Wasserkonzessionen künftig EU-weit ausschreiben zu lassen. Der vom Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments im Jan. 2013 verabschiedete Entwurf der Richtlinien würde dazu führen, dass teilprivatisierten Wasserbetrieben künftig eine **Vollprivatisierung** bevorstehen würde. Es gibt aber einen Ausweg: Rekommunalisierung – eine „Gefahr“, die auch der marktradikale Herr Rösler sieht. Hingewiesen wird im RUNDBR. 1007 ferner darauf, dass die EU-Kommission im „blueprint“ die Einführung von ominösen **„Wasserhandelssystemen“** plant.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1009** thematisiert den ersten „Rückzieher“ von MICHEL BARNIER: Es ist zwar nett, dass auch bei teilprivatisierten Wasserversorgern künftig die Ausschreibung der Konzession für die Wassersparte entfallen soll. Das nützt allerdings den deutschen Stadtwerken ziemlich wenig. Zum einen sieht die Richtlinie vor, dass weiterhin die Konzessionen für die Gas- und Stromnetze ultimativ ausgeschrieben werden müssen. Zum anderen hat Deutschland den Ausschreibungszwang für Gas- und Stromkonzessionen (im

voraussetzenden Gehorsam gegenüber der EU-Kommission?) bereits im Energiewirtschaftsgesetz festgeschrieben. Damit werden in Zukunft die Stadtwerke filetiert.

Beide Ausgaben des RUNDBRIEFS thematisierten noch viele weitere (erstaunliche) Aspekte im Zusammenhang mit der geplanten EU-Dienstleistungskonzessions-Richtlinie ...

Der **RUNDBR. Nr. 1008** handelt folgende Themen ab:

- Internet-Provider wollen ihre **Breitbandkabel durch die Trinkwasserleitungen** bis zum Endkunden schieben. Das birgt hygienische Risiken.
- Der bayerische Ministerpräsident Seehofer hat eines seiner „Machtworte“ gesprochen: Während Seehofers Regentschaft soll der **Staufstufenbau an der niederbayerischen Donau** unterbleiben.
- „**bubble tribation**“: Was es mit der Ausgasung des Treibhausgases Methan in den stauregulierten Abschnitten unserer Flüsse auf sich hat?
- **Die Spree wird immer rostbrauner**: Die Flutung der ehemaligen Braunkohletagebaue im Einzugsgebiet der Spree führt zu einer „Verockerung“ des Flusses – und das vermutlich noch viele Jahrzehnte lang.
- Der Braunkohleabbau führt auch noch zu weiteren Schäden: **Die Kippenböden verflüssigen sich**. An eine abwechslungsreiche Modellierung der ehemaligen Braunkohleabbauregionen in der Lausitz ist nicht mehr zu denken.
- Der 25-Jahre-Rückblick auf die Ausgabe des RUNDBRIEFS Nr. 108 berichtet darüber, dass Wasserflöhe in der Gewässerüberwachung des Rheins in NRW herannahende Giftwellen im Voraus erahnen können. **Haben Wasserflöhe das zweite Gesicht?**

Im **RUNDBR. Nr. 1010** sind Notizen zu folgenden Themen zu lesen:

- **Hauen und Stechen in der Wasserwirtschaft Thüringens**. Warum sich die Wasserversorgung in Erfurt und die Thüringer Fernwasserversorgung gegenseitig mit Klagen überziehen.
- Wurde in Thüringen die Gesundheit von 280.000 Trinkwasserkonsumenten leichtfertig auf das Spiel gesetzt?
- Ferner beschäftigt sich der RUNDBR. 1010 mit der **Spurestoffanalytik**. Erklärt wird, warum die Wasserwerker bei der Kommunikation der Ergebnisse des **Non-Target-Screenings** so ihre Schwierigkeiten haben ...
- Und einmal mehr geht es um die „**Problembiber**“, die inzwischen auch nicht mehr vor der Unterminierung von bayerischen Kläranlagen zurückschrecken ...

In der **Ausgabe Nr. 1011** finden sich u.a. Informationen zu folgenden Themen:

Wenn die Städte wechselweise absaufen oder geröstet werden

Im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) geht man davon aus, dass sich viele Kommunen noch zu wenig auf die zu erwartenden Klimaextreme einstellen. Deshalb will das BBSR jetzt „*wegweisende Konzepte und Maßnahmen der Überflutungs- und Trockenheitsvorsorge*“ in den deutschen Kommunen recherchieren lassen.

Querschnittsnormung der Biotechnologie - Expertenwissen gesucht!

In einer „Querschnittsnorm“ sollen sämtliche Sektoren erfasst werden, die unter dem Stichwort „Biotechnologie“ subsummiert werden können. Dabei geht es um die weiße, die

rote und die grüne Biotechnologie. Der Bereich des Ressourcen- und des Umweltschutzes im vorgesehenen Normungsprozess ist noch ziemlich unterbelichtet. Die Vertretung des Umweltschutzes hängt vom Interesse der ökoaffinen Fachöffentlichkeit ab.

Wenn beim Biomining der Schwefelsäuretank havariert

Ein Beispiel für biotechnologische Verfahren mit hohem Wassergefährdungspotenzial ist das „Biomining“. Dabei werden Metalle aus Altlasten, Abraumhalden sowie aus Rohstoffvorkommen mit niedrigen Metallgehalten mit Hilfe von säureresistenten Bakterien ausgelaugt.

Weißer Biotechnologie – weg vom Erdöl, hin zur Biomasse

Das stark wachsende Interesse der Chemiebranche an biotechnologischen Verfahrensschritten rührt daher, dass man sich schrittweise vom CO₂-trächtigen Erdöl unabhängiger machen will. Kunststoffe sollen künftig mit Hilfe der „Weißen Biotechnologie“ immer öfters aus pflanzlichen Biomassen hergestellt werden.

Moorburger Kühlwasserstreit geht vor das Bundesverwaltungsgericht

Für Vattenfall dürfte es eine mittlere Katastrophe gewesen sein, als das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg nach einem fünfjährigen Verfahren Ende Januar 2013 die beabsichtigte Durchflussskühlung des 1.620 Megawatt-Kraftwerkes untersagt hatte. Um zu retten, was zu retten ist, hat der Vattenfallkonzern am 18.03.13 die Revision beim Bundesverwaltungsgericht beantragt, um doch noch die Kreislaufkühlung durchzusetzen.

Abwärmeeinleitungen in die Enz – Protest der Naturschutzverbände

Die Naturschutzverbände BUND und Landesnaturschutzverband haben den Antrag der Heizkraftwerk Pforzheim GmbH auf eine „gehobene wasserrechtliche Erlaubnis“ zur Wasserentnahme und Kühlwassereinleitung in die Enz – einem Nebenfluss des Neckars - entschieden abgelehnt.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1012** vom 01.04.13 informiert u.a. über folgende Themen:

Kollektiver BigFlush zur Kanalnetzspülung

In Mecklenburg-Vorpommern wird die Bevölkerung aufgefordert, die Toiletten für das große Geschäft möglichst täglich um fünf vor zwölf Uhr zu benutzen, um mit einem gewaltigen Spülstoß den zunehmenden Verstopfungsprobleme in den Kanalisationen des Landes zu begegnen. Der „Kanal-Tsunami“ ist die Antwort darauf, dass die BewohnerInnen von MecPomm immer weniger Wasser verbrauchen. Wenn sich der HighNoon-Spülstoß bewährt, soll er schrittweise auch in den anderen Bundesländern zur Anwendung kommen.

Zum „Wohl der Allgemeinheit“:

Querbauwerke zu Sohlgleiten!

Obwohl an der bayerischen Ammer eine bestehende Wehranlage mit einer Wasserkraftanlage bestückt werden sollte, hat das Wasserwirtschaftsamt dieses Ansinnen bemerkenswerter Weise zurückgewiesen. Zu Gunsten der Ökologie wird das Wehr jetzt zu einer rauen Rampe umgebaut.

Große Wasserkrafteuphorie im Bodenseekreis

An der Seefelder Aach, einem Bodenseezufluss, steht ein ganzes Dorf hinter dem Plan, eine alte Wasserkraftanlage wieder zu reaktivieren.

Wasserkraftlobbyisten total begeistert –

und zwar über den einheitlichen Bürgerwillen zur Reaktivierung einer stillgelegten Wasserkraftanlage an der Seefelder Aach.

Wenn den Fischen bei „Fünf-Zwölftel- MNQ“ die Puste ausgeht

Die Regelungen zu Mindestwassermengen („Restwasser“) in Ausleitungsstrecken von Wasserkraftanlagen sind ökologisch völlig ungenügend.

Anpassung der Restwasserleitfäden an die Wasserrahmenrichtlinie!

Da die Restwasserleitfäden der Bundesländer den Anforderungen der EG-Wasserrahmenrichtlinie nicht entsprechen, müssen die Leitfäden jetzt überarbeitet werden.

Wasserkraftdisput in Bayern:

FDP & SPD in ungewohnter Koalition – während der bayerische FDP-Wirtschaftsminister in Übereinstimmung mit der oppositionellen SPD vehement den Ausbau der Wasserkraft fordert, hält der CSU-Umweltminister dagegen.

Der **RUNDBRIEF 1013** liefert Informationen u.a. zu folgenden Themen:

Instream River Training:

Die Kraft nach innen lenken!

Mit der Wasserbautechnik des „Instream River Trainings“ gelingt es, die Kräfte der Strömung so zu lenken, dass die Kraft im Fluss bleibt, anstatt die Ufer zu erodieren.

Landeswassergesetze werden runderneuert – Highlights aus Ba.-Wü.

Ausführlich vorgestellt werden einige bemerkenswerte Neuerungen in der geplanten Novelle des baden-württembergischen Landeswassergesetzes. Diese Neuerungen sollten unseres Erachtens auch Eingang in die Novellen anderer Landeswassergesetze finden. Dies reicht u.a. von der jetzt vorgesehenen Bewusstseinsbildungsarbeit von Wasserversorgern und Wasserbehörden über einige neu eingerichtete „ökonomische Hebel“ bis hin zu naturnäheren Gewässerrandstreifen.

Der **RUNDBRIEF 2013** liefert Informationen u.a. zu folgenden Themen:

Instream River Training:

Die Kraft nach innen lenken!

Mit der Wasserbautechnik des „Instream River Trainings“ gelingt es, die Kräfte der Strömung so zu lenken, dass die Kraft im Fluss bleibt, anstatt die Ufer zu erodieren.

Landeswassergesetze werden runderneuert – Highlights aus Ba.-Wü.

Ausführlich vorgestellt werden einige bemerkenswerte Neuerungen in der geplanten Novelle des baden-württembergischen Landeswassergesetzes. Diese Neuerungen sollten unseres Erachtens auch Eingang in die Novellen anderer Landeswassergesetze finden. Dies reicht u.a. von der jetzt vorgesehenen aquatischen Bewusstseinsbildungsarbeit durch Wasserversorger und Wasserbehörden über einige neu eingerichtete „ökonomische Hebel“ bis hin zu naturnäheren Gewässerrandstreifen.

Der **RUNDBR. 1014** enthält u.a. folgende Meldungen:

Facebookbürger werden aktiv gegen Bakterien & Parasiten im Trinkwasser

Erstmals hat sich nach unserem Überblick in Deutschland anlässlich einer über Monate andauernden Kontamination des Trinkwassers eine wirkungsmächtige Facebook-Gruppe etabliert. MitarbeiterInnen von Wasserwerken und Gesundheitsämtern müssen sich wohl darauf einstellen, dass im Zeitalter der „sozialen Netze“ Konflikte anders ausgetragen werden als bisher.

50 % der Pharmawirkstoffe sind potenziell gewässerschädigend

Das Bundesumweltministerium hat dem Umweltausschuss des Bundestages eine lesenswerte Übersicht zum Eintrag von Pharmawirkstoffen in den Wasserkreislauf vorgelegt – und was man dagegen unternehmen könnte (wenn es nur nicht so viele Hemmnisse geben würde) ...

Niemand hat die Absicht, in Meck-Pomm den BigFlush einzuführen!

Unser Aprilscherz aus der Ausgabe 1012 zur synchronisierten Betätigung von Klospülungen in ganz Mecklenburg-Vorpommern hat einen wahren Kern: Die Stadtverwaltung von Bulawayo, der zweitgrößten Stadt in Zimbabwe, hat im September 2012 die BewohnerInnen der Provinzhauptstadt tatsächlich zu einem BigFlush aufgerufen – um per Spülstoss die Ablagerung von Faulschlamm in der Kanalisation zu reduzieren.

Elbe tieferlegen oder Nord-Ostsee-Kanal reparieren?

Auf die groteske Hafenspolitik der Bundesregierung und der norddeutschen Bundesländer hat am 9.4.13 einmal mehr das Aktionsbündnis „Lebendige Tideelbe“ von BUND, NABU und WWF hingewiesen. Die Verbände kritisieren heftig die Aufforderung des Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer am 8.4.13, die Umweltverbände sollten ihre Klage gegen die Elbvertiefung zurücknehmen. Warum und wieso wird im RUNDBR. näher erläutert.

Donau-Oder-Elbe-Kanal ohne finanzielle Grundlage

Der von Seiten der Tschechischen Republik favorisierte Bau eines Kanals von der Donau über zu Elbe und Donau hat wohl wenig Chancen. Es fehlt am notwendigen Geld – und die Auslastung des neuen Kanals wäre mehr als zweifelhaft.

Europäische Bürgerinitiative knackt das Sieben-Länder-Quorum

Anfang Mai 2013 hat die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist Menschenrecht“ in sieben EU-Mitgliedsstaaten das erforderliche Quorum übersprungen. Allerdings besteht die Gefahr, dass die EU-Kommission die EBI ins Leere laufen lässt, in dem sie die umstrittene EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie noch vor Ende der Laufzeit der EBI verabschieden lässt.

Die **BBU-WASSER-RUNDBRIEFE Nr. 1015 und 1016** sind aufgrund des Extremhochwassers in den Einzugsgebieten von Donau und Elbe von Anfang Juni 2013 schwerpunktmäßig der **Hochwasservorsorgepolitik** gewidmet.

Der **RUNDBR. 1015** fasst den umfangreichen **Entschließungsantrag der Regierungsfractionen im Bundestag zum Hochwasserschutz** zusammen. In dem Antrag wird u.a. gefordert „**Zielwerte für die Renaturierung von Auen und Flussläufen**“ zu erstellen. Ferner soll nach den Vorschlägen von CDU/CSU und FDP den Landwirten mit „**Auenprämien**“ die Umstellung auf eine **hochwasserangepasste Bewirtschaftung flussnaher Ackerländer** schmackhaft gemacht werden. Um den Hochwasserschutz schneller voranzubringen, wollen die Regierungsfractionen **Beschleunigungsgesetze** auf den Weg bringen. Dass der Hochwasserschutz **nur länderübergreifend** funktionieren kann, ist auch CDU/CSU und FDP klar geworden. Interessant in dem Entschließungsantrag ist ferner, dass darüber nachgedacht wird, die **Wasserstraßenverwaltung auch für ökologisch ausgerichtete Hochwasserrückhaltmaßnahmen** an den Bundeswasserstraßen einzusetzen. Ob THW und Feuerwehr für ein Extremhochwasser ausreichend gewappnet sind, wird ebenfalls im RUNDBR. 1015 thematisiert. Unter der Überschrift „**Lippenbekenntnisse ohne Folgen**“ wird mit Bezug auf die verschleppte Verabschiedung des Hochwasserschutzgesetzes in den Jahren 2002 und 2003 Skepsis angemeldet, ob die guten Ansätze im Entschließungsantrag von der Politik tatsächlich realisiert werden. Mit Bezug auf die Kritik von BUND und WWF wird festgestellt „**Naturnaher Hochwasserschutz ist eine Rarität**“. Weitere Notizen im RUNDBR. 1015 beschäftigen sich mit den **Folgen der im Hochwasser untergegangenen Kläranlagen**, mit der nur moderaten **Schadstoffbelastung der Hochwasserwelle in der Elbe** sowie mit dem gekonnten Sandsackbau.

Der **RUNDBR. 1016** widmet sich folgenden Themen:

- Ostländer für ökologischen Hochwasserrückhalt – fast alle Regierungschefs in Neufünfland sprechen sich dafür aus, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben.
 - Neues Kettensägenmassaker auf dem Elbevorland? Weil der Weidenaufwuchs zu einer Aufsteilung der Hochwasserwelle führt, soll der Bewuchs auf den Vorlandflächen der Elbe entfernt werden.
 - GRÜNE: Zentralere Rolle für ökologischen Hochwasserschutz
- Drei weitere Notizen beschäftigen sich mit der **Wasserkraftgewinnung im Nileinzugsgebiet**:
- Ägyptisch-äthiopischer Konflikt um Nilwasser eskaliert
 - Mit 6.000 MW aus dem Blauen Nil zum Wirtschaftswunderland
 - Tausende müssen dem Omo-Stausee in Äthiopien weichen
 - Der Nilwasserkonflikt - ein Erbe aus der Kolonialzeit
- In drei Notizen werden verwunderliche **Gebührenregelungen bei der Versickerung von Niederschlagswasser** erläutert:
- Glaube erschüttert: Regenwassergebühr für Einleitung in einen Graben
 - Gleichheitsgrundsatz: Keine Individualisierung von Gebühren
 - Niederschlagsentwässerungsanlagen im Satzungsrecht

Wie die beiden vorhergehenden BBU-WASSER-RUNDBRIEFE 1015 und 1016 geht der **RUNDBR. 1017** noch ein Mal auf das **Extremhochwasser von Juni 2013** im Elbeeinzugsgebiet ein. Ein weiteres Schwerpunktthema ist die geplante **EU-Breitbandkabelverordnung**, die das hygienisch bedenkliche Einschleiben von Internetleitungen in das Trinkwasserversorgungssystem ermöglichen soll.

Unter der Überschrift „**Hochwasserschutzversäumnisse: Schimpfe und Haue für Bürgerinitiativen**“ wird auf die weitverbreitete Kritik an Bürgergruppierungen eingegangen, die angeblich oder tatsächlich den Hochwasserschutz torpediert haben – u.a. am Beispiel der Weißen Elster in Gera.

„**Bewahrung des Stadtbildes – oder ‚Einhausung‘ durch Betonmauern**“ – das gleiche Thema am Beispiel des versäumten Hochwasserschutzes in der Stadt Grimma an der Mulde.

„**Jeder macht sein Ding – und alle saufen gemeinsam ab**“ – ein Abstract des Aufsatzes „Bei der Hochwasserbewältigung hilft jeder jedem, bei der Hochwasservorsorge macht leider jeder seins“ von Prof. Dr.-Ing. UWE GRÜNEWALD in der KORRESPONDENZ WASSERWIRTSCHAFT vom Juli 2013.

„**Versagt der Hochwasserschutz in Deutschland?**“ – so die Frage von 16 ProfessorInnen aus der Wasserwirtschaft und Hydrologie, ebenfalls in der KORRESPONDENZ WASSERWIRTSCHAFT vom Juli 2013. Zu dieser Professoren-Resolution gibt es auch eine Diskussionsplattform.

„**Braune Flut: Neonazis profilieren sich als Hochwasserhelfer**“. Wie die NPD die Flut für ihre Zwecke nutzt ...

„**‘Gegen THW-Machos’: Fluthilfe organisiert sich autonom über Facebook**“: Erstmals bei einer Katastrophe kommen die „Sozialen Netzwerke“ ganz groß ins Spiel – nicht immer zur Freude des behördlichen Katastrophenschutzes.

„**Autonome Fluthelfer einfangen und ins THW einbinden**“ – wie ein Krisenmanager die sich über Facebook autonom organisierende Katastrophenhilfe beurteilt ...

„**Kommt das Internet bald aus dem Klo?**“ – eine Überschrift aus der BLÖD-Zeitung, die damit zumindest eine geplante EU-Verordnung zum Einschleiben von Datenkabeln in das Trinkwassernetz und in die Kanalisation einer breiteren Öffentlichkeit publik machte.

„**Datenhighways im Trinkwasserrohr – Bazillen in der Leitung**“ – über die hygienischen Bedenken der Wasserwerker gegenüber der geplanten EU-Verordnung.

„**Breitbandkabelausbau-Verordnung: Gefahr für die Trinkwasserversorgung**“. Was alles gegen die Idee der EU-Kommission spricht ...

„**Trinkwasserkommission gegen Datenhighway in der Trinkwasserleitung**“ – was Bürgermeister im ländlichen Raum mit den dort vielerorts unzulänglichen Datenübertragungsgeschwindigkeiten klasse finden, schreckt auf Grund von hygienischen Risiken die Trinkwasserkommission.

Der **BBU-WASSER-RUNDBR. 1018** thematisiert schwerpunktmäßig die Überlegungen, **einem Verbot der „Wasserprivatisierung“ Verfassungsrang einzuräumen**. Ferner geht es darum, dass sich die Indizien mehren, **dass sich Antibiotika und Antibiotikaresistenzen auch über den Wasserkreislauf verbreiten.**

„**Verbot der Wasserprivatisierung in die österreichische Verfassung?**“ – Wie es diese Idee im österreichischen „Superwahlkampfjahr“ bis ins Wiener Kabinett schaffte.

„**Wasserprivatisierungsverbot‘ in den Niederlanden**“ – schon seit Jahren, aber um den Preis einer Eindampfung der Wasserversorgungsunternehmen ...

„**Die SPD und das ‚Wasserprivatisierungsverbot‘**“ – ein Mal mehr wachschweich und wankelmütig.

„**Verbot der ‚Wasserprivatisierung‘ in’s Grundgesetz**“ – erste Überlegungen bei der Allianz öffentliche Wasserwirtschaft.

„**Schweizerische Volksinitiative Pro Service public: ‚Service vor Profit‘**“ – ein interessanter Ansatz aus der Eidgenossenschaft zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

„**Antibiotika und antibiotikaresistente Bakterien im Wasserkreislauf**“ – Antibiotikaresistenzen werden zu einem Gesundheitsproblem.

„**Antibiotikareduktion im Vermittlungsausschuss**“ – nach einem Jahr des Ringens kommt es zu einem Kompromiss zwischen Bundestag und Bundesrat zur Novelle des Tierarzneimittelgesetzes. Hauptstreitpunkt: Eine schärfere Reglementierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tiermast.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF 1019** kann man Notizen zu folgenden Themen nachlesen:

Nachdem sich Bundesregierung und Bundestagsparteien unter dem Eindruck der großen Flut an Donau und Elbe von Anfang Juni 2013 dazu bekannt haben, dass man **den Flüssen mehr Raum** geben müsse (siehe RUNDBR. 1015 und 1017, hat sich jetzt auch die **Agrarministerkonferenz** diesem Votum angeschlossen. Allerdings müssten die Landwirte für die Bereitstellung von Flächen sowohl für den naturnahen Hochwasserrückhalt wie für technisch gesteuerte Polder **mit mehr Geld** entschädigt werden. Der RUNDBR. 1019 stellt die „Hochwasser-Beschlüsse“ der Agrarministerkonferenz (AMK) vom 30.08.13 näher vor.

Die AMK hat sich auch für eine **Reduktion des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung** ausgesprochen. Für Reserveantibiotika haben die rot-grünen Agrarminister in der AMK einen freiwilligen Verzicht vorgeschlagen. Für den Gewässerschutz sind die AMK-Beschlüsse insofern bedeutsam, weil Antibiotika-Wirkstoffe und –Resistenzen immer öfters im Wasserkreislauf feststellbar sind (s. RUNDBR. 1018).

Für den Grundwasserschutz war es fatal, dass die AMK **keine Beschlüsse zur nationalen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie** gefasst hat.

Im „**Schadstofffreisetzungs- und –verbringungsregister**“ (Pollutant Release and Transfer Register, PRTR) müssen nicht nur Industriebetriebe, sondern auch große kommunale Kläranlagen „die Hosen runter lassen“ – sprich: ihre Emissionen offenlegen. Ob mit der neuen Homepage-Namensgebung thru.de das Register populärer wird, kann angezweifelt werden.

Der BBU hat jetzt **tagesgenaue Emissionsdaten für alle 34 deutschen Zementwerke** veröffentlicht – und darüber hinaus **alle BImSchG-Genehmigungsbescheide** auf seine Homepage gestellt. Diese umfassen auch die wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Zementwerke.

Die **8. internationale Rheinministerkonferenz am 28. Okt. 2013 in Basel** wirft ihre Schatten voraus – auch die Umweltschutzverbände im internationalen Rheineinzugsgebiet arbeiten mit Hochdruck an der Vorbereitung für möglichst telegene NGO-Events vor dem Basler Kongresszentrum.

Weil die sanitären Verhältnisse in Dritt-Welt- und Schwellenländern vielerorts jeder Beschreibung spotten, versucht das **WASH-Netzwerk** Toilettensysteme und Handwaschmöglichkeiten zu etablieren, die nicht nur ein Mindestmaß an Hygiene gewährleisten. Es geht auch darum eine Nutzbarmachung der Nährstoffe und der Energie, die im Abwasser enthalten sind, zu ermöglichen. Das 1. WASH-Symposium für sanitäre Hygiene wird am 15. und 16. Nov. 2013 in Bremen stattfinden.

Unter der Überschrift **„Legionellen in Warstein: Sieben Tage, die die Abwasserwelt erschüttern“** veröffentlicht der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF 1020** eine Chronologie der Recherchen zur Herkunft der Legionellen, die im Aug. und Sept. 2013 die bislang größte Legionellenepidemie in Deutschland ausgelöst haben. Was in Deutschland bislang niemand für möglich gehalten hat: Die Legionellen haben sich massenhaft sowohl in der kommunalen Kläranlage in Warstein als auch in der Kläranlage der Großbrauerei Warsteiner vermehrt. Jetzt müssen nicht nur die Legionellen-Lehrbücher umgeschrieben werden. Auch auf die Kläranlagenbetreiber könnten im Sommer bei hohen Abwassertemperaturen neue mikrobiologische Anforderungen zukommen.

Hier die Themenübersicht zu den **BBU-WASSER-RUNDBRIEFEN Nr. 1021 und 1022**

„Wird Trinkwasser ‚gerne‘ jodiert?“ – Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1021** kommentiert eine von zahlreichen Unfugmeldungen, die über Trinkwasser im Internet in Umlauf sind ...

„Warum es bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie harzt“, liegt u.a. daran, dass die Anreizwirkung für freiwillige Maßnahmen nicht richtig funktioniert. Zudem entsteht durch freiwillige Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte und der Gewässerstrukturen ein Flickenteppich – anstelle einer rationalen, kohärenten und auf Prioritäten abgestimmten Flusseinzugsgebietsplanung. Ganz zu schweigen davon, dass den Behörden sowohl Personal wie Geld fehlt.

„Bundesarbeitskreis Wasser des BUND kritisiert Wasserkraftapologeten“. Auf einer Sitzung der Wasserexperten des BUND kam nicht nur die **Kleinwasserkraftnutzung** schlecht weg. Die Bemühungen der zuständigen Bundesanstalten zur **Ökologisierung der Bundeswasserstraßen** wären durch ein all zu zaghaftes „Klein-Klein“ geprägt. Da der Substanzerhalt vieler Bundeswasserstraßen nicht mehr gesichert sei, müsse man den großen Wurf planen und die ehemaligen Bundeswasserstraßen nach einem strategischen Plan renaturieren: **„Keine weiteren Pille-Palle-Renaturierungen!“** Allerdings müsse man sich auch selbstkritisch fragen: **„Ist die Gesellschaft für Gewässerdynamik bereit?“**

Im Rückblick auf die vor 25 Jahren erschienenen RUNDBRIEFE wird eine Abschätzung zitiert, die damals Kosten für **4.000 DM pro Erwerbsperson für die Sanierung der**

Abwasserreinigung prognostiziert hatte – eine Kostendiskussion, die sich heute auf höherem Niveau wiederholt.

Themen im **BBU-WASER-RUNDBRIEF Nr. 1022:**

„**Bottled Life – ‚einseitig und falsch‘?**“ – eine Rezension des Films, der sich kritisch mit der Vermarktung von Flaschenwasser durch den Nestle-Konzern auseinandersetzt.

Hingewiesen wird auf „**Neue ISO-Normen für Trink- und Abwasser**“ – dabei geht es u.a. auch um die Setzung von Standards für die hygienisch heikle Abwasserwiederverwertung.

„**Wie öko ist der Wasserkraftstrom?**“ – Nach Ansicht der Referenten auf dem BUND-Wasserrahmenrichtlinien-Forum gar nicht. U.a. sei bei der Bewertung des Wasserkraftstroms **die Methanfreisetzung aus Flusstauhaltungen** bislang nicht berücksichtigt worden. Bei der BUND-Tagung waren auch **juristische Aspekte der Wasserkraftnutzung** erörtert worden – u.a. wurde darauf hingewiesen, dass in der anstehenden Novelle des baden-württembergischen Landeswassergesetzes die Behörden mehr oder weniger gezwungen werden, Anträge zur Wasserkraftnutzung durchzuwinken.

„**Wasserkraft als ‚grüngewaschener Schwindel‘**“ – die Vorstellung einer neuen Broschüre der Vereinigung „Der atlantische Lachs“: „**Fließgewässer, Staustufen und das Märchen vom Ökostrom aus Wasserkraft**“

Im Rückblick auf einen vor einem Viertel Jahrhundert erschienenen RUNDBR. wird über den damaligen **Knatsch zwischen Wasserversorgern und Stationierungsstreitkräften** berichtet, die den „**Wasserpennig**“ nicht zahlen wollten. Ferner wird die Meinung des Umweltbundesamtes zu einem „**Innovationsverweigerungskartell**“ zitiert: Die Industrie verweigerte sich der Weiterentwicklung des „Standes der Technik“ bei der Abwasserreinigung und –vermeidung.

Schwerpunktthema des **BBU-WASSER-RUNDBRIEFS Nr. 1023** vom 15.11.13 ist das „FRABO-Urteil“.

Alles Schlechte, was man in der Wasserwirtschaft im Hinblick auf das Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) befürchtet, ist im „FRABO-Urteil“ des OLG Düsseldorf vom Aug. 2013 bereits angelegt: Zu Gunsten des freien Warenverkehrs werden Hygiene-Standards in der Trinkwasserversorgung als obsolet eingestuft. Das „FRABO-Urteil“ gibt eine Vorahnung, was geschehen könnte, wenn das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA tatsächlich zu Stande kommen sollte.

Eine weitere Notiz im RUNDBR. 1023 gibt die Quintessenz eines Aufsatzes des HESSENWASSER-Chefs und stellvertretenden BDEW-Präsidenten, Wulf Abke, wieder. Unter der Überschrift „**EU-Konzessionsrichtlinie: Die Geschichte hinter der Geschichte**“ wird zusammengefasst, wie Abke die turbulenten Verhandlungen beschreibt, die im Sommer 2013 zur Herausnahme der Wasserwirtschaft aus der EU-Dienstleistungskonzessions-Richtlinie geführt haben. Motto: „**Nichts ist wie es scheint.**“

Unter der Überschrift „**Wasser-Liberalisierung: Die Hydra wird ihr Haupt wieder erheben**“ wird die böse Ahnung von Abke wiedergegeben, dass es weitere Anläufe zur Liberalisierung der Wasserwirtschaft in der EU geben wird – möglicherweise auch durch das oben erwähnte TTIP bedingt.

Schwerpunktthema im **RUNDBR. 1024** vom 17.11.13 ist ein Ereignis, mit dem man zwar in den Tropen und Subtropen rechnet, das in Deutschland aber eher unerwartet kam:

Die Wasserversorgung von Solingen musste im Winter 2013 wegen des Auftauchens der **Burgunderblutalge** (in Wirklichkeit keine Alge, sondern ein Cyanobakterium) **in der Sengbachtalsperre** zunächst auf eine andere Talsperre umgestellt werden. Die Burgunderblutalge sondert ein Toxin ab, das in höheren Konzentrationen Lebererkrankungen hervorrufen kann. Die Hoffnung, dass das Stelldichein dieses Cyanobakteriums schnell beendet sein könnte, hat sich im Sommer 2013 als irrig erwiesen. Jetzt muss ein Aktivkohlefilter die „Algtoxine“ aus dem Rohwasser entfernen, um die Sengbachtalsperre weiterhin für die Trinkwasserversorgung von Solingen nutzen zu können.

Ein weiteres Thema ist der sogenannte Biozid-Skandal in NRW vom Febr. 2013. Die WAZ hatte massenhafte Grenzwertüberschreitungen durch ausblutende Fassaden-Biozide in den Fließgewässern Nordrhein-Westfalens postuliert – und schlimmer noch: Die NRW-Behörden würden dies wissentlich ignorieren. Unter der Überschrift „**Wir basteln uns einen Biozidskandal**“ wird die nachvollziehbare Sichtweise des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums referiert – mit folgenden weiteren Überschriften:

- Fassaden-Biozide oder Landwirtschafts-Pestizide
- Zum Ausblutungsverhalten von „Fassaden-Bioziden“ ...
- Werden Biozid-Befunde in NRW geheimgehalten?
- Fragwürdig: Biozid-Warnwert erst bei 50 Mikrogramm pro Liter
- EU ignoriert Kombinationswirkung von Schad-Chemikalien

Mit den Ausgaben 1023 und 1024 ist der BBU-WASSER-RUNDBRIEF übrigens in den 33. Jahrgang gestartet. Die erste Ausgabe war im Okt. 1981 erschienen.

Die **Ausgaben 1025 und 1026 des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS** referieren und kommentieren die **wasserwirtschaftlichen Aspekte im Koalitionsvertrag** (Koa-Vertrag) von CDU/CSU und SPD.

Im **RUNDBR. 1025** werden zunächst die Vorhaben zum nur noch **selektiven Ausbau der Bundeswasserstraßen** und zur **Fortführung der „Reform“ der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung** vorgestellt – Motto: „*Mehr Fahrradverkehr an Bundeswasserstraßen!*“

Anschließend geht es um die Koa-Vertragsaussagen zum **Fracking**, die auf ein vorläufiges Moratorium hinauslaufen.

Weiterhin verspricht die Große Koalition (GroKo) mehr **präventiven Hochwasserschutz** – zum wiederholten Mal seit der großen Oderflut von 1997 wird beteuert: „*Den Flüssen muss wieder mehr Raum gegeben werden.*“

Noch zu vielen Streitigkeiten dürfte das GroKo-Vorhaben führen, **die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung einzustellen** („Schließung von Nährstoffkreisläufen“ oder „landwirtschaftliche Streudeponie“?).

In Nord- und Ostsee will die GroKo bis 2020 den „guten Zustand“ erreichen. Das wird allerdings nur gelingen, wenn die Stickstoffausträge aus der Landwirtschaft signifikant reduziert werden.

Dementsprechend will sich die GroKo für **weniger Dünger, weniger Pestizide und weniger „Vermaisung“** einsetzen – Ärger mit der Intensivlandwirtschaft ist programmiert - falls diese

Ziele tatsächlich ernst gemeint sein sollten. - falls diese Ziele tatsächlich ernst gemeint sein sollten.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1026** informiert darüber, dass sich die GroKo „*offensiv*“ gegen alle Vorstöße aus Brüssel stemmen will, eine „**Liberalisierung**“ in der **kommunal geprägten Wasserwirtschaft** durchzusetzen.

Zudem verspricht die GroKo, dass durch das geplante **transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP)** keine Umweltstandards untergepflügt werden dürfen.

Das Vorhaben der GroKo zur Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) könnte die **Wirtschaftlichkeit der Klärgas-Nutzung** in Blockheizkraftwerken gefährden.

Diametral hören sich die unterschiedlichen Bewertungen der Aussagen zur **Wasserkraftverstromung** im Koa-Vertrag an.

Zweites Schwerpunktthema im **RUNDBR. 1026** ist die nach wie vor ungeklärte „**Legionellen-Affäre**“ in **Warstein** sowie das Vorhaben mit Hilfe von neuen Normen künftig die Freisetzung von **Legionellen aus Rückkühlwerken** zu verhindern. Auch die Freisetzung von **Legionellen aus großen Kühltürmen** soll zumindest mit neuen Messverfahren repräsentativer als bislang gemessen werden, verspricht die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine parlamentarische „Legionellen-Anfrage“ der LINKS-Fraktion.

Weiterhin kommentiert der **RUNDBR. 1026** unseren **Export von Umweltschmutz nach China – am Beispiel importierter Aktivkohle**. Die sorgt bei uns zunehmend für saubere Flüsse – während in China und Indien die Aktivkohleherstellung mit zum Ruin von Mensch und Umwelt beiträgt.

Kommentarthema ist zudem das unbefriedigende Urteil zur „**Prestige-Katastrophe**“, bei der vor elf Jahren 1000 km Strand an der galizischen Küste mit Schweröl verseucht wurden. Einen so richtig Schuldigen konnten die Richter nicht ausmachen.

Der **BBU-WASSER-RUNDBR. 1027** analysiert „**Die Landnahme der deutschen Lebensmittelindustrie im Ausland**“: Land-Grabbing und Water-Grabbing sind Folge dessen, dass wir auf immer mehr Lebensmittelimporte aus Übersee – und damit verbundenen Landnahmen - angewiesen sind.

Unter der Überschrift „**Dem Osten nicht das Wasser abgraben**“ informiert der **RUNDBR. 1027**, wie sich die ostdeutsche Binnenschifffahrtslobby gegen das geplante Rückfahren der Investitionen in die Binnenschifffahrtskanäle östlich der Elbe wehrt.

Schwerpunktthema im **RUNDBR. 1027** ist der Widerstand der Wasserwirtschaftsverbände gegen das Einschleusen von Internet- und anderen Telekommunikationskabeln in Trinkwasserleitungen. Während die Wasserwerker hygienische Risiken monieren, will die EU-Kommission von ihrem Vorstoß zum „**Datenhighway in der Wasserleitung**“ nichts mehr wissen.

In der Rubrik „BBU-WASSER-RUNDBRIEF vor einem Viertel Jahrhundert“ wird ein Beitrag aus dem RUNDBR. 131 vom 18.12.1988 abgedruckt. Damals ging es um die „**Schwarze Liste**“ der **EU**, in der über 100 der gefährlichsten Schadstoffe aufgelistet waren. Limitiert wurde u.a. die Emission von **Organochlorverbindungen**.

Unter der Überschrift „**Legionellen, Brauereien und kommunale Kläranlagen**“ wendet sich der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1028** auf drei Seiten erneut dem „Auftauchen“ von Legionellen in nordrhein-westfälischen Kläranlagen zu.

Außerdem wird über Versuche informiert, mit „**Biokohle**“ **künftig auch Spurenstoffe in kleinen Kläranlagen** „**herauszufiltern**“ – und zwar in Pflanzenkläranlagen, in denen der Wurzelraum mit Aktivkohle angereichert wurde.

Letztes Thema sind die Bestrebungen der Tierrechtsorganisation PETA zu einem **Verbot der Hobbyfischerei**: Anglern soll ihr „brutales“ Handwerk gelegt werden.